

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
 Vierteljährlicher Abonnementspreis durch die
 Post bezogen und abholbar vom Postamt 0,85 Mk.;
 bei freier Befreiung durch den Briefträger
 ins Haus 18 Pf. mehr.
 Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
 unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
 vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
 (Vorsitz: Dresden).
 Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
 Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 10 Pf.,
 Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
 Redaktion und Expedition:
 Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225
 Fernsprecher: Amt VII, Nr. 472.

Nr. 65 Berlin, Sonnabend, 22. August 1908. Vierzigster Jahrgang

Inhalts-Verzeichnis.

Zur Organisation der Gärtner. — Die Deutschen Gewerksvereine im Jahre 1907. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Zur Organisation der Gärtner.

Wer an den Blumenfeldern von Quedlinburg und Erfurt vorüberfährt, der ist entzückt über die Farbenpracht, die ihm dort entgegenleuchtet, und erstaunt über die großen Fortschritte in den Kulturen und die unübertrefflichen Leistungen gerade dieser beiden Städte auf dem Gebiete des Gartenbaues. Ebenso überrascht aber würde er sein, wenn er eine Schilderung bekommt von der wenig beneidenswerten Lage, in welcher sich die in diesem Berufe beschäftigten Arbeiter, speziell die Gärtnergehilfen, befinden. Einen schrofferen Gegensatz kann man sich kaum denken als zwischen jenen herrlichen Blumenbeeten und den wirtschaftlichen Verhältnissen derjenigen, die daran arbeiten. Schon die Geseßgebung betrachtet die Gärtnergehilfen als Stiefkinder. Die Stellung, die sie ihnen anweist, ist eine so unsichere, daß selbst diejenigen, die mit dem Gesetze auf das genaueste vertraut sein müssen, nicht wissen, was sie mit den Gärtnergehilfen anfangen sollen. Von der Rechtsprechung des Gewerbegerichts werden sie ausgeschlossen, weil sie landwirtschaftliche Arbeiter sein sollen. Oftmals aber ist es wiederum vorgekommen, daß das Amtsgericht sie an das Gewerbegericht zurückwies, weil sie gewerbliche Arbeiter seien. Diese Unklarheit äußert sich auch in anderer Beziehung. Vielfach versagt man den Gärtnern das Koalitionsrecht wiederum aus dem Grunde, weil man sie als landwirtschaftliche Arbeiter ansieht. Und so liegen sich noch mancherlei Momente anführen, um zu zeigen, wie unsicher die Stellung der Gärtnergehilfen selbst dem Gesetze gegenüber ist.

Und nun erst die soziale Lage der Gärtner! Ein Lohn wird ihnen für ihre Arbeit in den meisten Fällen gewährt, der wirklich verdient, Hungerlohn genannt zu werden. Selbst in den größten Betrieben wurde bis zum vorigen Jahre noch ein Anfangsgehalt von 45 Mk. pro Monat bezahlt. Das ist jetzt allerdings auf 51 Mk. pro Monat gestiegen. Für diese hohe Entschädigung müssen die Gärtner im Sommer von früh 5 Uhr bis abends 7 Uhr auf den Beinen sein, mit einer zweistündigen Unterbrechung für die Mahlzeiten, also immerhin noch 12 Stunden. An den Sonntagen müssen sie früh 2 Stunden und jeden zweiten oder dritten Sonntag den ganzen Tag arbeiten. Alles in allem also erhalten sie einen Stundenlohn von etwa 15 1/2 Pfennig. Zum Vergleich etwas zuziel, zum Sattessen aber viel zu wenig! Die eventuell erfolgenden Gehaltszulagen sind derartig niedrig bemessen und kommen so Wenigen zugute, daß Gärtner, die 20 Jahre und länger in ein und demselben Geschäft tätig sind, nicht selten auf 75 Mk. monatlich hängen bleiben, dafür aber oft sehr verantwortungsvolle Posten bekleiden müssen. Daß bei solchen Löhnen jungverheiratete Gehilfen fast nie instande sind, ihre Familie ohne Mitverdienst der Frau zu ernähren, ist selbstverständlich.

Dem geringen Verdienst entspricht natürlich die mangelhafte Ernährung. Dieselbe kann nicht besser charakterisiert werden als durch den Spottnamen „Satttrauter“, den man in Quedlinburg den Gärtnergehilfen gegeben hat, um damit anzudeuten, daß die Gärtner ihr Frühstücksbrot mit Rübensaft bestreichen. Einige Witwoiden haben sogar in stürzlichen Verfall die traurige Lage der Quedlinburger Gärtner „verherrlicht“.

Nun möchte aber jemand auf gewisse Wohlfahrts-Einrichtungen hinweisen, die in der Tat geschaffen worden sind. So erhalten verheiratete

Gärtnergehilfen hier und da Kartoffelader; auch werden in einigen Betrieben Fahrwerke gestellt zum Einholen der Ernte, des Feuerungsmaterials und zum Transport der Möbel beim Umzuge.

Daß mit solchen kleinen Vergünstigungen aber die traurige Lage gebessert wird, kann wohl nicht behauptet werden. Eine Firma hat auch Wohnhäuser bauen lassen, in welchen den Gehilfen und Rächten eventuell auch Wohnungen gegen eine Miete überlassen werden, die etwas niedriger ist als die ortsüblichen Sätze. Natürlich kann davon nur ein verschwindend kleiner Prozentsatz der Gehilfen Gebrauch machen. Andererseits ist es ja aber auch bekannt, welche schweren Fesseln gerade das Wohnen in den von Unternehmern gebauten Häusern den Arbeitern anlegt.

Man soll aber nicht etwa glauben, daß nun wenigstens die Behandlung der Gehilfen eine recht gute ist. Im Gegenteil! Man muß die Schnauzereien der Herren Arbeitgeber und auch eines Teils der Obergärtner einmal gehört haben. Man hat nicht den Eindruck, als ob diese Herren Menschen, sondern als ob sie Vieh vor sich hätten.

Dieses traurige Bild ließe sich noch in manchem Punkte ergänzen. Aber auch so schon liefert es eine hinreichende Erklärung dafür, daß die Gehilfen in letzter Zeit energische Schritte machen, eine Besserung ihrer Lage herbeizuführen. Der Weg ist ihnen gezeigt, und so haben sie sich mit Hilfe unseres Ortsverbandes in Quedlinburg zu einem Ortsverein der Gärtner zusammengeschlossen, der jetzt schon weit über 60 Mitglieder umfaßt und noch immer in erfreulichem Wachsen begriffen ist. Aber trotz seiner Jugend hat auch dieser Verein schon seine Kämpfe zu bestehen. Leider gibt es noch kurzfristige Unternehmer, die ihren Arbeitern das Recht, sich einem Berufsverein anzuschließen, verweigern. Dann aber auch gibt es leider unter den Arbeitern selbst noch Kräfte, die das Streben nach Zusammenschluß der Gärtnergehilfen aus irgendwelchen selbsttätigen Gründen mit aller Kraft zu hintertreiben suchen. Dazu gehören auch die in den sozialdemokratischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter, die namentlich in der letzten Zeit alle Hebel in Bewegung setzen, um unsere Organisationsbestrebungen zu machen.

Ogleich die von ihnen unternommenen Versuche, die Gehilfen für den sozialdemokratischen Gärtnerverband zu gewinnen, schon mehrfach gescheitert sind, unser Ortsverein aber eine wirklich erfreuliche Entwicklung aufweist, wird jetzt mit allen Mitteln daran gearbeitet, die unorganisierten Kollegen von uns fernzuhalten und die gewonnenen uns abtrünnig zu machen. Wir sind überzeugt, daß diese Maulwurfsarbeit keinen anderen Erfolg haben wird als den, den Gärtnergehilfen die Augen darüber zu öffnen, daß nicht das Interesse für sie, sondern parteipolitische Erwägungen jene Leute auf den Plan gerufen haben. Immer mehr aber wird sich gleichzeitig bei ihnen die Erkenntnis Bahn brechen, daß es nur auf neutralem Boden, in einem Ortsverein auf Hirsch-Dunderscher Grundlage, in dem jedem einzelnen seine religiöse und politische Ueberzeugung gewahrt bleibt, möglich ist, auf die Dauer eine Hebung der Lage der Gärtnergehilfen herbeizuführen. Wer daran mitarbeiten will, der möge sich uns anschließen!

Die Deutschen Gewerksvereine im Jahre 1907.

Von den nachfolgenden drei Tabellen bringt die erste einen Nachweis über die Mitgliederzahlen, sowie die Einnahmen und Ausgaben der Deutschen Gewerksvereine im Jahre 1907. Die zweite zeigt uns die Vermögensbestände aller Klassen der einzelnen Gewerksvereine am Jahresabschluß 1907. Die dritte Tabelle gestattet einen Ueberblick über die Bewegung der Mitgliederzahlen und Vermögensbestände in den letzten Jahren.

In der Tabelle I finden wir zum ersten Male die Zahlen der Mitglieder getrennt nach dem Geschlecht. Die Vermählungen, auch die Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen, haben danach auch in den Deutschen Gewerksvereinen Erfolg gehabt. Bedauerlicherweise hat der Gewerbeverein der Frauen und Mädchen unter dem vorhergegangenen mehrfachen Wechsel in der Hauptleitung schwer zu leiden gehabt. Die größte Zahl weiblicher Mitglieder weist der Verein der Deutschen Kaufleute mit 2500 auf. Im Verhältnis zur Gesamtmitgliedszahl aber haben die meisten weiblichen Mitglieder die Textilarbeiter, näm-

Tabelle II

Vermögensbestand der Deutschen Gewerksvereine am 31. Dezember 1907.

Gewerksverein	Gewerksvereins-Hauptkasse		Totalkassen		Kranken- und Begräbniskasse		Begräbniskasse		Gesamtvermögen										
	Mk.	h.	Mk.	h.	Mk.	h.	Mk.	h.	Mk.	h.									
1 Maschinenbau- und Metallarbeiter	570	791	85	121	118	45	529	970	16	722	128	57	1944	009	08				
2 Deutsche Kaufleute	262	844	18	—	—	—	84	667	88	—	—	—	847	512	01				
3 Fabrik- und Handarbeiter	299	248	18	—	—	—	178	228	14	115	561	98	598	088	80				
4 Textilarbeiter	41	679	10	—	—	—	86	208	19	9	780	26	87	605	55				
5 Holzarbeiter	55	857	98	14	567	04	90	406	49	81	815	59	242	147	10				
6 Lederarbeiter	80	992	20	—	—	—	105	228	76	—	—	—	186	220	96				
7 Schneider	64	370	94	1	277	77	48	788	91	97	196	84	211	583	96				
8 Bergarbeiter	21	867	93	1	852	50	7	109	69	—	—	—	80	380	12				
9 Köpfer	33	409	63	—	—	—	86	378	98	36	491	68	105	275	19				
10 Graphische Berufe	20	149	—	—	—	—	59	414	06	—	—	—	79	568	99				
11 Zigarren- und Tabakarbeiter*)	7	286	22	1	868	48	—	—	—	—	—	—	9	104	70				
12 Bauhandwerker	—	—	—	6	976	41	—	—	—	—	—	—	6	976	41				
13 Brauer**)	—	—	—	1	49	28	—	—	—	—	—	—	1	086	46				
14 Frauen und Mädchen	—	—	—	8	85	45	4	983	11	—	—	—	9	740	84				
15 Bildhauer	4	422	28	—	—	—	1	187	27	898	87	—	4	212	17				
16 Schiffszimmerer	1	584	68	5	96	35	1	187	27	—	—	—	2	839	40				
17 Konditoren	1	724	70	—	—	—	1	114	70	—	—	—	—	—	—				
18 Selbständige Berufe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—				
19 Steinarbeiter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—				
20 Kellner	—	—	—	94	51	—	—	—	—	261	80	—	856	81	—				
21 Receptläger	—	—	—	220	—	—	2	085	67	—	—	—	2	255	67				
22 Handelshilfsarbeiter	—	—	—	27	59	—	—	—	—	—	—	—	27	59	—				
23 Gärtner	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—				
	1	416	554	98	148	688	88	1	185	561	96	1	068	060	04	8	181	880	76

*) Hat keinen Bericht eingekandt. **) Sind 6 selbständige Ortsvereine, die zum Teil mit andern Zentralkassen abrechnen.

Die Tabelle III zeigt uns die Entwicklung der Mitgliederzahlen und des Gesamtvermögens in den letzten 7 Jahren. Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Möge jeder Verbandsgenosse sie studieren und daraus seine Lehren ziehen. Denn sie bilden ein gewichtiges Argumentationsmittel, müssen aber auch für jeden Kollegen ein Ansporn sein, dafür zu sorgen, daß namentlich die für den Mitgliederbestand angegebenen Zahlen immer weiter steigen. An diesem Ziele zu arbeiten, ist eine dankenswerte Aufgabe für jeden, der es ehrlich mit unserer Organisation und der Sache der deutschen Arbeiterschaft meint.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 21. August 1908.

Die 10. ordentliche Generalversammlung des Gewerkevereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter findet am 23. August und folgende Tage in Halle a. S. im Etablissement „Velleveur“, Lindenstraße, statt. Als Vertreter des Zentralrats wird der Verbandsvorsitzende, Kollege Goldschmidt, an den Verhandlungen teilnehmen. Eine ungemein reichhaltige Tagesordnung harret ihrer Erledigung. Die eingebrachten Anträge erstrecken sich auf alle Gebiete der Vereinstätigkeit und gehen zum Teil soweit auseinander, daß naturgemäß, wie dies bei allen dergleichen Tagungen der Fall ist, an die Befriedigung aller Wünsche nicht gedacht werden kann. Jedenfalls aber ist dies ein Zeichen für den lebhaft vorhandenen Wunsch, den Gewerkeverein vorwärtszubringen und damit die Sache unserer Gesamtorganisation zu fördern.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben in den letzten Jahrzehnten mannigfache Wandlungen erfahren. Sache der Generalversammlung wird es daher sein, auch die inneren Einrichtungen diesen veränderten Zuständen anzupassen. Daran mitzuwirken ist die Aufgabe der Delegierten, die sich jetzt in Halle zu ernster Arbeit mit ihrem Hauptvorstande zusammenfinden. Das Vertrauen, das den Abgeordneten durch ihre Wahl entgegengebracht worden ist, werden sie zu würdigen wissen. Sorgfältig werden sie die ihnen unterbreiteten Anträge prüfen und ihre Beschlüsse fassen, ohne Rücksicht auf persönliche Interessen, sondern stets nur geleitet von dem Bestreben, für die Gesamtheit das Beste zu schaffen.

Einigkeit und fester Zusammenhalt tun uns mehr not denn je in Anbetracht der schweren Kämpfe, die uns von allen Seiten aufgedrängt werden. Davon werden auch die Delegierten des Gewerkevereins der Fabrik- und Handarbeiter durchdrungen sein, und dementsprechend werden sie ihre Maßnahmen treffen. Möge es ihnen gelingen aus ihrer Tagung die Einrichtungen des Gewerkevereins so auszubauen, daß er seinen Mitgliedern vermehrten Schutz und einen starken Rückhalt bietet in allen Fährnissen, die unsere wildbewegte Zeit dem Arbeiter bringt. Das ist der Wunsch, der uns befeuert. Mögen die Verhandlungen in Halle einen Markstein bilden in der Entwicklung der Geschichte des Gewerkevereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter und damit in der Geschichte unseres teuren Verbandes, für dessen Ehre und Vergrößerung wir alle nach besten Kräften einzutreten fest entschlossen sind!

Eine allgemeine Mitgliederversammlung, einberufen vom Vorstand der kombinierten Ortsvereine der Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlins und der Umgegend, findet am Mittwoch, den 26. August, abends 8 Uhr im großen Saale des Verbandshauses statt. Auf der Tagesordnung steht ein Referat des Generalsekretärs, Kollegen Gustav Hartmann, über den Kampf auf dem „Sullan“ in Stettin und seine Lehren. Nach dem Vortrage findet freie Diskussion statt. Sämtliche Verbandsgenossen und Genossinnen sind zu der Versammlung eingeladen und werden in Anbetracht der Bedeutung der vorliegenden Frage hoffentlich recht zahlreich erscheinen.

Die Witwen- und Waisenversicherung, die bekanntlich mit dem Jahre 1910 in Kraft treten soll, bildet zurzeit wieder einmal den Gegenstand von Preberörterungen. Die agrarische „Deutsche Tagesztg.“ hat nämlich mitgeteilt, daß die Vorlegung des diesbezüglichen Gesetzesentwurfs zu Ostern 1909 keinesfalls zu erwarten sei. Es steht noch nicht im mindesten fest, wann der Entwurf überhaupt fertiggestellt werden kann, und noch viel weniger, wann er dem Bundesrat und dem Reichstage zugehen wird. Damit

aber wäre gesagt, daß von der Einführung eines solchen Gesetzes im Jahre 1910 gar keine Rede sein kann.

Wer die Angelegenheit aufmerksamer verfolgt hat, der wird über diese Mitteilungen nicht sonderlich erstaunt sein. Etwas anderes war kaum zu erwarten. Zuerst waren die Mittel, die für die Witwen- und Waisenversicherung angeammelt werden sollten, überaus spärlich, dann aber liegen ja leider die Verhältnisse bei uns auch so, daß, wenn irgendwie Gelder vorhanden sind, diese sofort für andere Zwecke vermandt werden. In diesem Falle muß die Behandlung der Frage aber die stärkste Erbitterung auslösen. Man hat feinerzeit die Witwen- und Waisenversicherung den Arbeitern in Aussicht gestellt, um ihnen eine, allerdings in keiner Weise gleichwertige Entschädigung für die durch den Zolltarif aufgebürdeten Lasten zu gewähren, und nun soll das geschickt festgelegte Versprechen noch nicht einmal eingelöst werden! Und da wundert man sich noch, wenn die Autorität des Staates ins Wanken geraten ist. Wer die Schuld daran trägt, ist nicht schwer zu erraten!

Die Kandidatur des Grafen Pofadowsky ist nun schließlich doch noch zu Wasser geworden. Die Schuld daran trägt das Zentrum, das trotz mancher platonischer Liebeserklärungen in seiner Presse sich schließlich doch dagegen erklärt hat, für den Grafen Pofadowsky einzutreten. Die pfälzischen Zentrumsabgeordneten im bayerischen Landtag haben es einstimmig abgelehnt, den ehemaligen Reichsminister für Sozialpolitik zu unterstützen. Als Grund für die ablehnende Haltung wird angegeben, daß Pofadowsky im Reichstage doch nur als „Bodmann“ wirken könne. In Wirklichkeit aber liegt die Sache anders. Das Zentrum fürchtet sich, für Pofadowsky gegen sozialdemokratische Kandidaten einzutreten, weil dann anzunehmen ist, daß in anderen Wahlkreisen die Sozialdemokratie dem Zentrum die Gefolgschaft versagt. Also ein regelrechter Kuhhandel!

Wir bedauern diesen Ausgang der Angelegenheit aus den von uns bereits gekennzeichneten Gründen.

Eine Aussen erregende Aufforderung an Bergbesorger und Staatsanwaltschaft finden wir in der letzten Nummer der „Bergarbeiter-Ztg.“ Vor drei Jahren brach auf der Zeche „Borussia“ ein Schachtbrand aus, der 39 Bergleuten das Leben kostete. Der Betriebsführer Ritter wurde von der Dortmunder Strafkammer von jeder Schuld an dem schrecklichen Unglück freigesprochen. Trotzdem liefen unter den Arbeitern allerlei Gerüchte um, die sich jetzt zu der Behauptung verdichtet haben, „in dem Borussia-Prozesse gegen Ritter seien unter Eid wesentlich falsche Aussagen gemacht worden. Zeugen sollen beeinflusst worden sein, wider besseres Wissen die Zustände im Unglücksfall falsch zu bekunden. Ein Hauptzeuge für die Zechenverwaltung soll sich nämlich in Gegenwart von Kameraden gerühmt haben, „gewisse Herren“ wegen Verleitung zum Weineid ins Zuchthaus bringen zu können, wenn er auch selbst mit ins Zuchthaus käme. Ferner sollen Beamte auf „Borussia“ sich gegenseitig gedroht haben mit Enthaltungen über den wahren Zustand des Schachtes vor dem Brande und über gewisse Vertuschungsmandate nach dem Brande, vorgenommen, ehe die Untersuchung geschah!“ Die Vorwürfe sind so ungeheuerlich, daß wir kaum an ihre Verurteilung glauben möchten. Sollte aber auch nur ein Teil der Behauptungen wahr sein, so wäre es unbedingte Pflicht der Behörden, mit un-nachlässiger Schärfe gegen die Schuldigen vorzugehen, wer sie auch sein mögen. Der Bergarbeiterklub verlangt gebieterisch, daß diejenigen zur Verantwortung gezogen werden, die es an den notwendigen Maßnahmen zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter haben fehlen lassen. Rücksichten irgend welcher Art darf es hier nicht geben!

Arbeiterbewegung. Die beim Bau der elektrischen Bahn in Schwerin i. M. beschäftigten Arbeiter sind wegen Lohnminderungen in den Streik getreten. — In einer Tarifbewegung befinden sich die Expeditionsarbeiter von Nürnberg-Fürth. Sie haben den alten Tarif gekündigt und einen neuen Entwurf mit höheren Mindestlöhnen eingereicht. Die Unternehmer scheinen sehr wenig geneigt zu sein, den Tarif anzunehmen. — Auch in Berlin haben die Rolllutscher ihren Tarif gekündigt und einen neuen ausgearbeitet, der wöchentliche Vohnerhöhungen bis zu 5 Mk. in der Woche fordert. Die Unternehmer versagen diesem Entwurf jedoch ihre Zustimmung, haben alle Forderungen der Arbeiter abgelehnt und wollen, wenn der bisherige Tarifvertrag nicht verlängert wird, am 1. September sämtliche Rolllutscher und Arbeiter entlassen.

Zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern der Textilindustrie in Bräun ist noch in letzter Zeit eine Einigung erzielt worden, so daß voraussichtlich die drohende Aussperrung wird vermieden werden können. — In Saloniki (Türkei) sind die Tabakarbeiter in den Streik getreten. Sie fordern die gekürzte Arbeitszeit und eine 50prozentige Lohn-erhöhung.

Winnen. — In Saloniki (Türkei) sind die Tabakarbeiter in den Streik getreten. Sie fordern die gekürzte Arbeitszeit und eine 50prozentige Lohn-erhöhung.

Zum Schutze des Koalitionsrechtes seiner Mitglieder hat der Bund der technischen und industriellen Beamten eine außerordentliche Bundestagung nach Berlin einberufen. In energischer Weise wurde hier Stellung genommen zu dem Vorgehen der bayerischen Metallindustriellen, gleichzeitig aber auch die vom Bundesvorstand angeordnete Erhebung einer Extrasteuer gutgeheißen. Nach einem scharfen, aber durchaus sachlichen und mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat des Bundessekretärs G. Franzin wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die jeden Angriff auf die Koalitionsfreiheit der Angestellten zurückwies und es als Pflicht jedes einzelnen Angestellten erklärte, sich seiner Berufsorganisation anzuschließen. Zum Schluß wird der Reichstag erlucht,

die Koalitions-gesetzgebung zugunsten des Schutzes der Arbeitnehmer mit größtmöglicher Beschleunigung auszubauen. Insonderheit verlangt der Bund, daß die Verhinderung am gesetzmäßigen Gebrauch der Koalition durch entsprechende Änderungen des § 163 der Gewerbeordnung unter Strafe gestellt und daß die Behandlung der Berufsorganisationen als politische Vereine durch eine ungewerbliche Bestimmung im Reichsvereinsgesetz beseitigt wird.

Den Bundeskollegen in der Maschinenfabrik Augsburg spricht der a. o. Bundestag seine Hochachtung dafür aus, daß sie in so ernüchtert und musterhafter Weise in schwieriger Lage dem Bunde die Treue gehalten haben.

Wir wünschen den Bestrebungen des Bundes in jeder Beziehung vollen Erfolg. Was aber den § 153 der Gewerbeordnung anbetrifft, so find wir der Meinung, daß derselbe nicht nur abgeändert, sondern überhaupt beseitigt werden muß.

Einen kaum glaublichen Fall von Terrorismus, den sich der deutsche Buchdruckerverband hat zuschulden kommen lassen, verheißt die „Typograph“, das Organ des Gutenbergbundes. Der dem Buchdrucker-Verbande, Ortsverwaltung Chemnitz, angehörende Buchdrucker Kalapp redigierte im Nebenamte das Organ des „Freien Maschinen- und Heizerbundes Deutscherlands“ und hatte einen Abwehrartikel gegen den sozialdemokratischen Zentralverband der Maschinenisten und Heizer geschrieben. Diese Organisation wandte sich deshalb beschwerdeführend an den Buchdruckerverband, und dessen Ortsverwaltung Chemnitz verbot daraufhin K., seine Redaktionsstätigkeit weiter auszuüben und verlangte, daß er aus dem Maschinenbunde austrete. Nach vielem Hin und Her wurde K. gestattet, daß er sein Amt bis zur Generalversammlung seines Bundes behalten dürfe, indem er dafür die bestimmte Erklärung abgeben mußte, dann sein Amt niederzulegen. Der rote Zentralverband drang jedoch nochmals auf Entfernung des K. aus dem Buchdruckerverband. Darauf wurde K. von der Ortsverwaltung Chemnitz des Buchdrucker-Verbandes dem Vorstände des Saues Erzgebirge-Bezirks zum Ausschlusse empfohlen. Dieser ist nun nach Prüfung des beigebrachten Materials zur Ueberzeugung gekommen, daß es unvereinbar sei, zugleich zwei Gewerkschaften anzugehören und beschloß: K. hat bis zu Pfingsten 1908 seine Redaktionsstätigkeit niederzulegen und zu versprechen, „jede Befämpfung moderner Gewerkschaften zu unterlassen!“ Daraufhin erklärte K. auf der Bundesgeneralversammlung in Weidau: „Da ich mit der angebrochten Protokollmachung rechnen muß, so bitte ich Sie, wer te Delegierte, im Interesse meiner Familie von einer Wiederwahl meiner Person zur Schriftleitung der „Deutschen Maschinen- und Heizerzeitung“ Abstand nehmen zu wollen.“

Die Hauptschuld für diese ungeheuerliche Vergewaltigung trifft den „freien“ Zentralverband der Maschinenisten und Heizer. Allerdings hat man sich bei diesen Vorkämpfen für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit an derartige Dinge leider schon gewöhnen müssen. Wunders müßten wir uns jedoch darüber, daß der „neutrale“ deutsche Buchdruckerverband dem Anfinnen seiner zielbewußten Bruderorganisation auch stattgegeben hat.

Die zur Betriebsunterstützungskasse geleisteten Beiträge müssen bei der Entlassung zurückgezahlt werden, so hat das Gewerbegericht in Augsburg entschieden. Wie der „Korrespondent“ der Buchdruckerzeitung, waren daselbst aus einer Maschinenfabrik zwei Former entlassen worden, weil sie sich weigerten, eine Arbeit zu machen, an welcher der Alfordpreis um 10 Mk. gekürzt worden war, obgleich an dem Stillestehenden angeordnet waren, die eine erhebliche Mehrarbeit bedingten. Als die Arbeiter bei der Direktion vorstellig werden wollten, wurden sie kurzerhand entlassen, obwohl sie lange Jahre im Betriebe beschäftigt gewesen sind. Beide waren Gründungsmitglieder einer in der Fabrik bestehenden Unterstützungs-kasse, die an frunkte und invalide Arbeiter Anwendungen gibt. Bei ihrer Entlassung ver-

langten die beiden Gemahregelten die Herauszahlung der Hälfte der ihnen im Laufe der Jahre abgezogenen Beiträge, was die Firma verweigerte, da die Kläger nicht entlassen worden seien, sondern die Arbeit freiwillig verlassen hätten, da die Weigerung, die betreffende Arbeit zu dem reduzierten Preise zu machen, gleichbedeutend mit einem Verzicht auf weitere Beschäftigung sei. Das Gewerbeamt Augsburg gab der Klage statt und beurteilte die Firma zur Herauszahlung der Beiträge.

Dieses Urteil steht in einem wohlthuenden Gegensatz zu den Entscheidungen, die verschiedene andere Gerichte getroffen haben. Es liefert aber auch einen weiteren Beweis für die Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung des Werkstättenwesens, wie sie die Deutschen Gewerksvereine in einer Petition an den Reichstag und Bundesrat erst vor kurzem verlangt haben.

Für die Art der „frei-gewerkschaftlichen Agitation“ legt eine Gerichtsverhandlung Zeugnis ab, die in diesen Tagen vor der Ferienstrafkammer in Halle sich abspielte. Der Bergarbeiter H. aus Schraplau, Mitglied des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes, hatte durch Beschimpfungen und Drohungen wiederholt versucht, einen Unorganisierten zum Eintritt in den Verband zu bewegen. Als alles nichts nützte, erklärte er, „der Hund müßte in den Verband hineingedrosen werden“. Schließlich griff er zu einem ganz niederträchtigen Mittel, seine Rache zu fühlen. Eines schönen Tages schob er beim Fördern seinen Wagen hinterwärts mit voller Wucht auf den des Unorganisierten, der zwischen die Puffer geriet und schwere Quetschungen erlitt. Das Schöffengericht zu Gießen hatte ihn für diese Rohheit wegen fahrlässiger Körperverletzung und Vergehens gegen § 153 der Reichs-Gewerbeordnung zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Auf die von beiden Seiten eingelegte Berufung fand eine erneute Beweisaufnahme vor der Strafkammer statt, die den Angeklagten so schwer belastete, daß die Strafe auf 3 Monate Gefängnis erhöht wurde. Das schlimmste bei der ganzen Sache ist, daß das sozialdemokratische Hallische „Volksblatt“ aus diesem Vorgange den Schluß zieht, man könne daraus ersehen, „welchen Schutz unorganisierte Arbeiter im heutigen Rechtsstaat genießen“.

Das Blatt findet also noch eine Entschuldigung für das unerhörte Vorgehen seines Parteigenossen. Wer nicht zur roten Fahne schwört, ist vogelfrei. Eine nette Moral!

Gewerkvereins-Zeil

Guben. Das bekannte Vorgehen des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller veranlaßte auch unseren Ortsverein der Deutschen Kaufleute eine öffentliche Versammlung einzuberufen, welche in erster Linie auch dazu

angetan sein sollte, den Mitgliedern der anderen Verbände das Tun der obgenannten Industriellen in seiner ganzen Schwere und Tragweite vor Augen zu führen. Dem Rufe waren außer dem größten Teil unserer Mitglieder, solche des 58er und Leipziger Verbandes zahlreich gefolgt, nur die Deutsch-nationalen hatten es vorgezogen, fernzubleiben. Das Referat über: „Die Bedeutung der Organisation und die Befähigung des Koalitionsträgers der Privatangestellten in neuerer Zeit“ hatte Kollege K a r e s t i. B. vorübernommen. Der Referent entrollte zunächst ein allgemeines Bild über die Verhältnisse im Handelsgewerbe früher und jetzt und zeigte damit, wie mehr und mehr der Handlungsgehilfe in eine wirtschaftlich abhängige Lage gedrängt wurde. Diese Verhältnisse veranlaßten selbst die Regierung schon vor langer Zeit, auch unserem Stande das Koalitionsrecht zuzubilligen und gesetzlich zu gewährleisten. R-dner bezeichnete den Verband Bayerischer Metallindustrieller als einen, der am hartnäckigsten bisher auch schon den Arbeitern gegenüber das Koalitionsrecht nicht anerkennen wollte. Die Arbeiterorganisationen haben schwere Kämpfe um das Koalitionsrecht zu führen gehabt, die sich jahrelang hinzogen, und dennoch haben sie es verstanden, das ihnen zugestülte Recht zu wahren, wenn es auch mit schweren Opfern geschah. Es ist tief beauerlich, so führte der Referent ferner aus, daß für eine solche Sache unter den Handlungsgehilfen nicht mal das richtige Verständnis vorhanden ist. Schuld daran tragen lediglich Verbände, die es wohl verstehen, Mitglieder zu tapern und mit ihrer Größe zu prahlen, sonst es aber daran fehlen lassen, ihren Mitgliedern in sozial-politischen und wirtschaftlichen Fragen Aufklärung zu bringen. Der Verein der Deutschen Kaufleute hat die Maßnahme, wie sie der B. B. M. S. getroffen hat, schon längst vorausgesetzt und es auch an einer dahingehenden Aufklärung und Bereitstellung von Mitteln für eventuelle Fälle nicht fehlen lassen. Hätte der Leipziger und Deutsch-nationale Verband ebenso gehandelt, ihre Mitglieder in der Augsburger Maschinenfabrik wären entschieden dem Ansinnen des Direktoriums jener Fabrik in einer anderen Form entgegengetreten, als es geschehen ist. Wäre, so führte der Referent aus, sich jeder Handlungsgehilfe seines wirtschaftlichen Wertes bewußt sein, um allen Bestrebungen, welche darauf abgingen, ihm seine Rechte zu rauben, gebührend beizugehen zu können. Um dieses aber in erster Linie zu können, ist es vor allen Dingen notwendig, daß der Handlungsgehilfe sich solcher Organisation anschließt, die wirklich auch seine Interessen vertritt und im Falle der Not auch bereit ist, ihn mit Rat und Tat zu unterstützen. Eine solche Organisation ist der Verein der Deutschen Kaufleute. Reich und anhaltender Beifall wurde dem Referenten für seine vortrefflichen Ausführungen gezollt. Die Diskussionsredner stellten sich durchweg auf den Standpunkt des Referenten. Nur ein Anhänger des Leipziger Verbandes, der grundsätzliche Erwendungen nicht machen konnte, bemängelte es, daß der Referent andere Verbände wegen ihrer Haltung in dieser Sache angegriffen habe, konnte es sich dabei selbst aber nicht verlagern, persönlich zu werden, was ihm eine gründliche Abfuhr eintrug. In seinem Schlusswort richtete Kollege K a r e s t i nochmals einen warmen Appell an alle Handlungsgehilfen, ihre berechtigten Interessen mit Nachdruck zu wahren. Schließlich gelangte einstimmig eine Resolution zur Annahme, die gegen das Vorgehen des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller ganz energisch Protest erhebt.

Verbands-Zeil.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine, N.O., Greifswalderstraße 221/223. In den Monaten Juli und August fallen die Sitzungen aus — **Gewerksvereins-Liebertafel (S.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9—11 Uhr, Uebungsstunde in Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Distriktsklub Moabit.** Nächste Sitzung am Freitag, 4. September bei Radau, Woblfraße 58. — Montag, 24. August, **Widhauer.** Abends 9 Uhr, Dresdenerstr. 10 bei Preuß.

Orts- und Bezirksverbände.

Herze (Ortsverband). Jeden 1. und 8. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn W. Schulte-Mattler, Distriktsklub. — **Nachen (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsklub bei Leuchter, Ecke Ganssemanplatz und Jülicherstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 Uhr präz., in Güttners Hotel, Poolstraße, Distriktsklub. — **Spanau (Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine, S.-D.).** Jeden Dienstag, ab. 8 Uhr im Vereinslokal zur Balme, Ritterstr., Sitzung. Gäste willkommen. — **Dresden (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbräu, Webergasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Brandenburg a. H. (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden jeden 1. und 8. Sonntag im Monat, ab. 8 1/2 Uhr, statt. — **Hagen a. H. (Distriktsklub).** Jede Woche Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strommayer, Kirch- und Bergstraße-Ecke. — **Röln (Distriktsklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Bayer Kolping“, Eilertsgasse, Hamburg (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstraße. — **Quitzburg (Ortsverband).** Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Distriktsklub bei R. Eisenburger, Bantheimerstraße. — **Mühlheim a. Harz (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vorm. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Müller, Sandstraße 88. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Mohl, Berlinerstr. 120. — **Wespen (Ortsverband).** Sonntag, 23. August, vormittags 11 1/2 Uhr, Kombinierte Versammlung im Hotel de Saxe. — **Lueblinburg (Ortsverband).** Donnerstag, 27. August, abends 8 1/2 Uhr, Kombinierte Ausschussung in Schillings Lokal. L.-D. Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl. Stellung zur Genossenschaftsfrage. Unsere Presse. Besuch an die Maschinenbauerschaffung eines Agitationskomitees und einer Propagandakommission. Diverse Beiträge. — **Wesenfischen (Ortsverband).** Sonntag, 30. August, nachm. 4 Uhr, Ortsverbandversammlung bei Ww. Peter Kamp, Schallerstraße.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Großenhain i. S. (Ortsverband). Richard Hauptmann, Schriftführer, Mühlb. b. G. Gotthold Fischerstr. 1; Max Hoyer, Kassierer, Mühlb. b. G. Gotthold Fischerstr. 10. — **Freiburg i. Schlessen (Ortsverband).** Gustav Spiller, Schriftführer, Subenan 4. — **Babrze i. Ob.-Schl. (Ortsverband).** Franz Köhmann, Kassierer, Babrze II, Pausstr. 14.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Zur Feier

des

40 jährigen Bestehens der deutschen Gewerksvereine

empfehlen wir den Ortsvereinen und Ortsverbänden zur Anschaffung:

das lebenswahre Bild unseres verstorbenen Anwalts **Dr. W. Pirch,**

künstlerisch ausgeführte Photographie (Aufnahme aus den letzten Lebensjahren) im Karton 46x58 cm groß, zum Preise von

15 Mk. portofrei.

Berner empfehlen wir die vom Bildhauer Dorn nach dem Leben modellierte Büste des Verbandsanwalts zum Preise von **9 Mk.** für Berlin, und für auswärts mit bahnfertiger Rihenerpackung

12 Mk., ohne Frachtkosten.

Zum Wohnungsschmuck für Verbandsgenossen sind noch vorräthig Bilder des Anwalts in seinem Kupferdruck, 16x28 cm groß, zum Preise von **50 Pfg.**

Die Beiträge müssen vorher an Verbandskassierer **R. Klein,** Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/223 eingekandt werden.

Wesenfischen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark. 75 Pfg. bei **E. Schröder,** Kollegen Pieper, Industriest. 18, Fuldastr. 14.

Magdeburg. Bauhandwerker Kollegen erhalten 1 Mark. 75 Pfg. bei **E. Schröder,** Fuldastr. 14.

Kreuzmünde und Umgegend (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Besichtigungskarten bei **Dtto Ganssow,** Ufermünde, Ballstr. 12 und **Böste,** Fergelow, Wagenbrucherstr. 5.

Halle (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten die Reiseunterstützung von 1 Mark in bar bei dem Kollegen **Ludwig Laube,** Schuhmachermeister, Leipzigerstr. 94, im Hof.

Stralsund (Ortsverb.). Herk. zur Heimat, Bleisstraße. Karten bei **E. Dulowski,** Badenstr. 20.

Wadeberg (Ortsverband). Durchreisende erhalten Ortsverbandsgesand bei **Ds. Far. Höpna** Pitnaer Straße 28a, II. l.

Danzig (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten beim Genossen **K a m m e r e r,** Fischmarkt 10, Besichtigungskarten

Nachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1,25 Mk. Unterstützung auf dem Arbeitersekretariat Nachen, Walbertstr. 71.

Chemnitz (Ortsverb.). Karten und Arbeitsnachweis bei Kollegen **Kurt Welzel,** Chemnitz-Gabeln, Klausstr. 64.

Jena. (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstützung bei **Carl Möller,** Greifswalderstr. 2, Ecke Oberlaugasse.

Der Gewerkverein Jahrgang 1907

auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken

5, sonst 7 Mark

bei vorheriger Einsendung des Betrages.

N.B. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preise abgegeben.

Bestellungen an den Verbandskassierer

R. Klein,

Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Arbeitersekretär für Württemberg.

Im Herbst d. J. soll für Württemberg, mit dem Sitze in Stuttgart, ein Arbeitersekretär angestellt werden. Derselbe muß zernerlich gebildet, in der Agitation bewandert und mit der sozialpolitischen Fragestellung vollständig vertraut sein, so daß er in der Lage ist, den Mitgliedern aller Ortsvereine in allen Fragen an die Hand zu gehen. Bedingung ist, daß der Bewerber geborener Württemberger ist. Selbstgeschriebene Bewerbungen über die Aufgaben eines Arbeitersekretärs sind an den Unterzeichneten zu richten.

Das Gehalt beträgt monatlich 160 Mk.

Im Auftrage der Kommission:

S. Hallgöer, Ulm a. d. Donau, Arsenalstr. 17.